

Die unterschätzte Kluft zwischen Reich und Arm

Malt die Statistik ein zu rosiges Bild? Die wirtschaftliche Ungleichheit in der Schweiz sei grösser als bisher angenommen, sagt eine neue Studie.

von Jonas Schmid

Die Schere zwischen Reich und Arm ist grösser als bisher angenommen. Zu diesem Schluss kommt die Studie der Berner Fachhochschule für soziale Arbeit und der Universität Bern. «Das Ausmass der wirtschaftlichen Ungleichheit ist rund zehn Prozent höher als in der offiziellen Statistik ausgewiesen», sagt Studienautor Oliver Hümbelin. Der Grund? Um die Ungleichheit zu messen, befragt das Bundesamt für Statistik (BFS) jährlich rund 3000 Haushalte. Gemäss dieser Stichprobe hat die Ungleichheit in den letzten Jahren nicht zugenommen. Das Problem: Die reichsten und ärmsten fünf Prozent geben seltener Auskunft. Die Mittelschicht erhält dadurch ein zu grosses Gewicht, wodurch die Realität verzerrt wiedergegeben wird.

Die Sozialwissenschaftler Oliver Hümbelin und Rudolf Farys stützen sich nun in ihrer Analyse auf Steuerdaten des Kantons Bern. Diese liefern ein präziseres Bild, da in ihnen die gesamte Bevölkerung abgebildet ist. Alle Erwachsenen sind steuerpflichtig und können veranlagt werden. Um nicht Äpfel mit Birnen zu vergleichen, haben die Forscher zudem die Einkommens- und Haushaltsdefinitionen der Steuer- und Umfragedaten vereinheitlicht. «Wir vermuten, dass diese Ergebnisse nicht nur für den Kanton Bern, sondern für die ganze Schweiz gültig sind», sagt Hümbelin.

Ueli Oetliker, Chefstatistiker beim BFS, will sich zur Studie selbst nicht äussern. Er bezweifelt aber, dass die Stichprobenverzerrung in den Umfragen des BFS so stark ist, wie sie die Studie suggeriert. «Unsere Vergleichsanalysen zeigen, dass die Stichprobenverzerrung durch unser Gewichtungsmodell gut korrigiert wird», sagt er. Zudem habe das BFS die Stichprobenbasis ab 2015 nochmals verbessert.

Zugelegt haben die Reichsten

«Am meisten zugelegt haben in den letzten Jahren die Topverdiener, während die durchschnittlichen Einkommen real nur noch moderat gestiegen sind», sagt Isabel Martinez, Ökonomin an der Universität St. Gallen (HSG). Seit Mitte der Neunzigerjahre sei der Anteil der höchsten Einkommen in der Schweiz gestiegen. Vereinte das reichste Prozent der Steuerpflichtigen 1995 noch 8,5 Prozent der Gesamteinkommen, stieg dieser Anteil bis 2008 auf elf Prozent. Auch die Vermögenskonzentration habe zugenommen: 2011 vereinte das reichste Prozent der Schweizer 40 Prozent der steuerbaren Reinvermögen – fünf Prozentpunkte mehr als zehn Jahre zuvor.

Ein Treiber dieser Entwicklung sei der kantonale Steuerwettbewerb. Laut Martinez reicht das aber als alleinige Erklärung nicht aus. Daneben habe die Börsenkapitalisierung der Schweizer Unternehmen drastisch zugenommen. Davon

dürften insbesondere Topverdiener profitiert haben. Zudem folge die Schweiz einem internationalen Trend, in dem ein Teil der Topverdiener sehr gut ausgebildete Global Players sind. Diese profitierten stark vom technologischen Wandel und von der Globalisierung, indem sie Investitions- und Arbeitsmöglichkeiten im In- und Ausland wahrnehmen können. International liegt die Schweiz im Mittelfeld.

Umverteilung nimmt ab

Die Progression hat sich im Schweizer Steuersystem in den letzten 15 Jahren abgeflacht. Die Kantone Obwalden, Schaffhausen und Appenzell-Innerrhoden wollten gar ein degressives Steuermodell einführen, wurden aber vom Bundesgericht zurückgepiffen. Als Alternative schwenken manche Kantone (Uri, Obwalden und möglicherweise bald Schwyz) auf eine Flat Rate Tax um. Demgegenüber wirkt die direkte Bundessteuer so progressiv wie eh und je.

«Es ist erschreckend, dass die Steuer- und Abga-

bepolitik mittlerweile fast proportional wirkt», sagt Daniel Lampart, Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Das verstosse gegen die Verfassung. Diese verlange, dass jeder nach seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert werden solle. Gewerkschafter Lampart findet es «unglaublich, dass die offizielle Statistik in einem entwickelten Land wie der Schweiz keine repräsentativen Daten zur Einkommensverteilung zur Verfügung stellt». Die verfügbaren Statistiken seien irreführend. Das müsse korrigiert werden.